

Ueberflügelung anderer Staaten usw., das sind doch alles rein kapitalistische Zielsetzungen! Zielsetzungen des Frühkapitalismus, wie sie in Deutschland der Siebzigerjahre, in Amerika der Jahrhundertwende gang und gebe waren.

Es ändert an dieser Kennzeichnung nichts, daß heute in Rußland kein Privat-Kapitalismus herrscht, sondern ein Staats-Kapitalismus. Im Gegenteil, dadurch verschlimmert sich doch nur die Entrechtung des Arbeiters, der damit sich dem Zugriff der Ausbeutung überhaupt nicht mehr entziehen kann, da ja jede Fabrik vom gleichen „Ausbeuter“, nämlich vom Staat betrieben wird. — . . .

So weit Herr Koch. Wir können nur sagen, daß diese Argumentation, trotz ihrer offensichtlichen Schwächen, recht überzeugend wirkt und z. T. auch ist. Denn daß auch im wirklichen, von uns erstrebten Kommunismus, die Produktion gesteigert werden wird, da ja Ueberproduktion nur im kapitalistischen Sinne besteht, nur daß der Arbeitsanteil des Einzelnen ein unendlich geringeres, weil alle Schultern gleichmäßig verteiltes Quantum darstellen wird, ist eine von uns schon längst begriffene Tatsache.

Da wir aber wissen, zu welchem reaktionären Zwecken derjenige Arbeiter, der sich etwa davon blühen ließe, benutzt wird, so ist ad demonstrandum darzulegen, wie die Lückenhaftigkeit der offiziellen Parteitheorie (welche Ausführungen, wie die angeführten, durchaus nicht zu widerlegen im Stande ist, höchstens kann sie mit neuen bombastischen Phrasen aufwerten), Wasser auf die Mühlen der Nazis oder um mit Rosa Luxemburg zu sprechen, Argumente für unsere Gegner liefern.

Genossen, lernt selber Wirtschaftsmethoden kritisch untersuchen, die Waffe der marxistischen Kritik anwenden, dann kann euch niemand mit Zahlen blühen, die wohl sehr phantastisch wirken, aber dem eingeweihten nur die nackte kapitalistische Wirklichkeit enthüllen.

Macht euch frei von den Meinungsfabriken der offiziellen Parteipresse, die so wenig Überzeugendes und um so mehr Material für den Gegner liefert und daher im letzten Grunde sich konterrevolutionär auswirken lassen.

Klassenjustiz des dritten Reiches

Ende Januar begann vor dem Schwurgericht in Essen der vielbesprochene Felgendreherprozeß. Grund hierzu war die Erschießung des Nationalsozialisten Felgendreher welcher sich im Frühjahr vergangenen Jahres mit einer Gruppe Gesinnungsgenossen auf dem Heimwege von Essen nach dem Vorort Kray beland. Unterwegs wurde die Gruppe beschossen und Felgendreher hierbei getötet. Dieses führte zur Verhaftung mehrerer kommunistischer Arbeiter, deren Folge die Mordanklage war. Der Gang der Verhandlung zeigte, daß die Urteile keinerlei Stütze fanden.

Nimmern haben die Vertreter der öffentlichen Anklage, sowie die Laienrichter das letzte Wort in diesem Prozeß gesprochen.

Im Gegensatz zum Antrage des Staatsanwaltsrats Kesseböhmer, welcher der NSDAP nahe steht, der somit ein typischer Vertreter der hitlerischen Nachwächterpolitik und Klassenmordjustiz des dritten Reiches ist; der die Köpfe der angeklagten Arbeiter forderte, um die blutrünstigen und sadistischen Geleiste der überexponierten kleinbürgerlichen Welt des dritten Reiches es zu befriedigen; beließen es die Richter bei einer langjährigen Zuchthausstrafe.

Dieses Urteil besagt, daß den Angeklagten kein Mord nachzuweisen ist. Der Versuch der Staatsanwaltschaft, den Nachweis zu bringen, ob tatsächlich

eine kommunistische Terrorgruppe besteht, ist kläglich gescheitert. Festgestellt wurde vielmehr, daß die „regelmäßigen Zusammenkünfte der kommunistischen Terroristen“ aus harmlosen Theaterprobensitzungen einer Dilettantengruppe bestand; und der gefundene „Terrorplan“ ein gänzlich unbedeutender Stundenplan einer Freizeiterkletterung war.

Die Beweisaufnahme zeigte, daß der NSDAP-Gauleiter Zillkens die Polizei auf den Mitangeklagten Wolff aufmerksam machte. Wolff, der ständig in Kreisen kommunistischer Arbeiter verkehrte, ist demnach ein nationalsozialistischer Spitzel und „agent provocateur“.

Den Fall ernstlich zu untersuchen, ob nationalsozialistische Gruppen von „agents provocateurs“ bestehen, daran hatte natürlich der Staatsanwalt kein Interesse.

Ferner hat der Mitangeklagte Wolff in der Voruntersuchung ein Geständnis abgelegt, was ihm von der Polizei vorgeplappert worden ist. Man hatte Wolff mit allen nur erdenklichen Mitteln bearbeitet, ihm seine Freilassung versprochen, wenn er das aussage, was die Polizei brauchen kann.

Wolff hat Zeugen gegenüber erklärt, sich die ausgesetzte Belohnung von 1000 RM für die Ergreifung der Täter der Erschießung Felgendreher zu verdienen. Von der Verteidigung der kommunistischen Arbeiter konnte einwandfrei nachgewiesen werden, daß Wolff in der fraglichen Nacht im Besitze einer Pistole war; und auf die Nationalsozialisten geschossen hat.

Ein Sturm der Entrüstung geht durch das Proletariat, wenn es von den ungeliebten Strafmaßnahmen der bürgerlichen Justiz liest. Das Proletariat ist vogelfrei. Proleten dürfen es nicht einmal wagen, sich ihrer

Wohnungsfürsorge jammert. — Wenn man sich im laufenden Jahre gewundert hat, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft keine Mittel mehr zur Verfügung stellen konnte, so erklärt sich das sehr einfach aus dem Grunde, daß 1930 43.667 Wohnungen fertiggestellt wurden, für die Hauszinssteuerpforten durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft zugesagt waren. Die verfügbaren Mittel reichten aber nur für 20.243 Wohnungen gegenüber 24.505 im Vorjahre, so daß also noch mindestens ein Jahresaufkommen der Wohnungsfürsorge für die Neubauten von 1930 benötigt wird. Das wäre wesentlich anders, wenn von den 316 Millionen Reichsmark Hauszinssteuern, die der Berliner Hausbesitzer aufbringt, ein größerer Teil für den Wohnungsbau hätte verwendet werden können. Aber außer dem Anteil, der ohnedies auf allgemeine Finanzzwecke entfällt, mußten dem staatlichen Ausgleichsfonds 47 Millionen RM zugeführt werden, so daß nur 110 Mill. RM (6. V. 126) staatliche Mittel für den Neubau verblieben. Auch von dem 100-Millionen-Betrag, den das Reich für Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt hat, erhielt die Stadt Berlin nur 5 Mill. RM, mit denen 1167 Kleinwohnungen erstellt werden konnten.

Achtung!

Polizeiwilkkür und Presse

Durch die in letzter Zeit in mehreren Bezirken gehandhabten Polizeipraktiken (Beschlagnahme, Prozesse etc.) ist das Erscheinen der nächsten Nummer des „Spartakus“ in Frage gestellt, falls nicht in letzter Stunde dem Pressefond größere Mittel zufließen.

Werte Genossen!

Wir werden natürlich — sobald wir in der Lage sind — die nächste Nummer in Druck geben, und bitten in revolutionärer Erkenntnis, diesem wohl bedauerlichen Zustande Rechnung zu tragen.

D. R. Pr.-Kom.

Haut zu wehren. Wenn Arbeiter von organisierten Streikern, Wegelagerern und Mordbanditen hitlerischer Herrlichkeit, aus dem „wohlgesitteten, gottgewollten“ dritten Reiche arischer Abnormitäten, hinterlistig überfallen werden, finden diese Verbrecher noch milde Richter; und sans phrase werden diese Kleinbürger nationaler Verworfenheit nach kurzer Haft auf freiem Fuß gesetzt.

Für das Proletariat bei geringstem Vergehen die Todesstrafe, langjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen; zu zehn Jahren Zuchthaus und mehr für Vergehen, die nicht einmal nachgewiesen worden sind, wurden die Essener Kommunisten verurteilt. Hitler, SS, und SA. dürfen unbefehligt auf offener Straße morden und plündern. Wir erinnern nur an den Hennigsmord in Hamburg und die verschiedenen Morde in Braunschweig; und die erst kürzlich begangenen mehrfachen Morde in Dortmund, Felsenek, Schlesien usw.

Hier begnügten sich die Klassenrichter der bürgerlichen Gesellschaft mit geringen Gefängnisstrafen. In Braunschweig brachte es der hitlerische Landvogt sogar fertig, den gedungenen Nazimörder Haymann mit dem § 51 zu beehren; und denselben sofort aus der Haft zu entlassen.

Das sind niederschmetternde Aussichten für das Proletariat im dritten Reiche. Andererseits ist es allerdings sehr betäubend, die Quintessenz der hitlerischen Nachwächterrepublik mit dem Paragraphen 51 zu figurieren.

Noch nie hat das Lumpenpack sein Lumpenhandwerk zynischer verrichtet. Es kann die Diktatur der

Bourgeoisie nur vernichtet werden durch die eiserne Faust des Proletariats — durch die Diktatur des Proletariats. Das Tor, das den Weg aus all diesem Elend öfnet, kann nur vom Proletariat selbst geöffnet werden, und nur mit Gewalt.

Im Brennspiegel der Todeskrise

Aus Deutschland:

Die Reichsbahn berichtet, daß der Rückgang der Wagenstellung im Güterverkehr im Oktober 1931 gegenüber Oktober 1930 11,4% und gegenüber 1929 sogar 25% betrug. Ebenfalls nahm in ähnlicher Weise der Personenverkehr ab. Auch hielt die Abwanderung in die Holzklasse an. Die durch die Betriebseinnahmen nicht gedeckten Ausgaben erhöhten sich in den ersten 10 Monaten 1931 auf 306,1 Millionen Mark.

Die Bautätigkeit ging lergestalt zurück: Der Verband sozialer Baubetriebe, dem die freien Gewerkschaften aller Berufsschichten nahestehen, sagt in seinem Geschäftsbericht per 30. Juni 31, daß die Baubüttenbewegung das Jahr 1930 noch gut überstanden habe. Nicht so gut sei die Entwicklung im Jahre 1931. Die Zahl der im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1931 beschäftigten Arbeiter ist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 12.948 — um 22,8% — auf 99.68 gesunken. Später ist aber die für die Arbeiter vorausgahbe Lohnsumme gefallen, und zwar um 18,5 Millionen RM oder 36,8% gegenüber dem 1. Halbjahr 30.

Und die Wohnungsfürsorge jammert. — Wenn man sich im laufenden Jahre gewundert hat, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft keine Mittel mehr zur Verfügung stellen konnte, so erklärt sich das sehr einfach aus dem Grunde, daß 1930 43.667 Wohnungen fertiggestellt wurden, für die Hauszinssteuerpforten durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft zugesagt waren. Die verfügbaren Mittel reichten aber nur für 20.243 Wohnungen gegenüber 24.505 im Vorjahre, so daß also noch mindestens ein Jahresaufkommen der Wohnungsfürsorge für die Neubauten von 1930 benötigt wird. Das wäre wesentlich anders, wenn von den 316 Millionen Reichsmark Hauszinssteuern, die der Berliner Hausbesitzer aufbringt, ein größerer Teil für den Wohnungsbau hätte verwendet werden können. Aber außer dem Anteil, der ohnedies auf allgemeine Finanzzwecke entfällt, mußten dem staatlichen Ausgleichsfonds 47 Millionen RM zugeführt werden, so daß nur 110 Mill. RM (6. V. 126) staatliche Mittel für den Neubau verblieben. Auch von dem 100-Millionen-Betrag, den das Reich für Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt hat, erhielt die Stadt Berlin nur 5 Mill. RM, mit denen 1167 Kleinwohnungen erstellt werden konnten.

Krankenhäuser und Heime bedroht. Das Deutsche Rote Kreuz gibt soeben den Bericht über seine Tätigkeit im Notjahr 1930-31 heraus. Darin wird mit aller Offenheit ausgesprochen, daß infolge der Wirtschaftskrise die Lage der Krankenanstalten, Heime, Heile und Fürsorgestellen des Roten Kreuzes eine katastrophale zu werden beginnt.

Aus Oesterreich:

Wie erschreckend der Rückgang der Geburten in Wien ist, beweist die letzte Statistik. Im Jahre 1900 gab es in Wien noch 51.000 Geburten, das Jahr 1931 wird die Höchstzahl von 17.000 erreichen.

Aus Polen:

Ungeheuer scharf ist die Krise der ostoberschlesischen Eisenindustrie. Im August wurden 76.000 Tonnen, im September 69.000 Tonnen, im Oktober nur noch 42.000 Tonnen Rohstahl produziert. Die Produktion beträgt somit nur noch 47% der des Jahres 1913. Der Export der Eisenindustrie aus Ostoberschlesien sank im Oktober von 31.000 auf 17.000 Tonnen, also um 43%.

Aus Frankreich:

Besonders charakteristisch für die Entwicklung der französischen Wirtschaft ist die rückgängige Geschäftsgang der französischen Eisen- und Stahlindustrie, der das Nachlassen der Investitionsfähigkeit widerspiegelt. Die Essenserproduktion ist von dem Monatsdurchschnitt 1929: 864.000 Tonnen auf Monatsdurchschnitt 1930: 841.000 To. auf September 1931: 654.000 To. zurückgegangen; die Stahlproduktion entsprechend von 808.000 To. auf 783.000 To. und 656.000 To. Der Geschäftsgang hat sich demnach erheblich reduziert und die Erträge sind noch viel stärker infolge des starken Preisrückganges zurückgegangen. Die Bilanzen der Gesellschaften spiegeln schon in der Periode 1930/31 diese Einnahmekrise wieder, doch konnten von den Werken — teilweise unter Auflösung früherer angesammelter Reserven — immer noch Dividenden ausgeschüttet werden. — Die drei großen Ueberseeschiffahrt-Gesellschaften sind völlig dividendenlos geblieben. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Krise ergreift bereits auch die Landwirtschaft Frankreichs.

Für den Inhalt verantwortlich: Richard Weiß, Dresden-A. Druck: F. Feyer, Dresden-A.

Nr. 6 * 7. Jahrgang
12. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Geschäftsstelle: Paul Köllner, Rähnitz-Hellerau, Hendrichstraße 3

Verlagsort: Dresden-Mockritz. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt b. d. Geschäftsstelle Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite März-Nummer 1932

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Das Affentheater tagte

Der Reichstag hat seine „großen“ Tage gehabt. Das gläubige Volk, das immer noch von dem Reichstag sachliche und positive Hilfe zur Belebung der Wirtschaft erwartet, hatte diesmal das Glück gehabt, am 25. Februar 1932 die Reichstagsrede des Reichskanzlers Brüning und die durch die nationalsozialistischen Couleure durch den Rundfunk zu hören.

Und wenn am anderen Tage der Nationalsozialist Strasser im Reichstag feststellte, daß die Tagungen des Reichstages ein Affentheater sind; und der Prälat Leichter beim hinausgehen der Naziabgeordneten aus dem Sitzungssaal ergänzte: „daß jetzt keine Aiten mehr hier sind“, so ist der Eindruck, den die Rundfunkhörer beim Anhören der Brüningrede hatten, voll zu verstehen.

Der Reichstag hat sich bei den Rundfunkhörern als ein sehr widerliches, auf ein sehr tiefes Niveau stehendes Theater eingeführt. Die Brillanten Goebbels und Konsorten haben den Reichstag, — der seit der Demokratie ein Verdummungsmittel und Vertuschungsmittel für die Arbeiterklasse war und heute noch ist, den Geist des dritten Reiches aufgewunden; und es wäre ein Verdienst für die ideologische Aufklärung, der noch am Parlamentarismus glaubenden Proleten, wenn sie täglich die Schallplatte der Brüningrede vorgespielt bekämen, um einen Abscheu vor diesem Brillantenaffentheater zu kriegen.

Doch über die Feststellung des Reichstagsabgeordneten Strasser über des „hohen Hauses“ hinaus, mag der Parlamentarismus für die Bourgeoisie ein Affentheater sein, für das Proletariat ist das Hinweisen auf die Wichtigkeit des Parlamentarismus die schlimmste Gehirnseuche.

Und hierin leisten die Arbeiterparteien am Proletariat konterrevolutionäre Erziehungsarbeit, die die heutige Passivität des Proletariats zur Folge hat; und die das Proletariat immer mehr in die Barbarei hinabstürzen läßt.

Die Leiter der Sozialdemokratie, daß ihre parlamentarische Arbeit positive Tätigkeit sei, wird durch die harte Wirklichkeit widerlegt. Die Tatsachen sprechen die deutliche Sprache der Verelendung, die im Proletariat durch die „positive“ Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften täglich größer wird.

Die letzte Reichstagszusammenkunft nahm Stellung zur Reichspräsidentenwahl. Außerdem liefen die verschiedenen Mißtrauensanträge ein, ohne die im Parlament eine „positive“ Arbeit nicht geleistet werden kann. Wochenlang gaukelte man den Wählern vor, daß dieser Reichstag über den Auf- und Abstieg entscheiden müsse.

Die parlamentarischen Großschnauzen Goebbels & Co. hatten, wie immer, — eine Wortattacke gegen das System des 9. November und nach ihrer Meinung auch gegen das System Brüning, das für sie ein und dasselbe ist, geführt. Je größer die Schnauze der Nazis, umso leiser war das Gewinsel der Sozialdemokratie vor dem Herrn Brüning und insbesondere vor Herrn Groener.

Diese größte Partei Deutschlands, sie war so brav so artig, sie leckte mit solcher Geduld die Stiefel der Vertreter der Kapitalgewaltigen, und sie war sehr froh, als Herr Groener auch eine kleine belanglose Polemik gegen den Schmierenskomödianten Goebbels führte. Wenn sie auch damit rechnen mußte, daß trotz Ablehnung des Groenerschen Reichswehrlasses durch die Mehrheit des Reichstages, den nationalsozialistischen Schiebelhunden und Mordbuben Tür und Tor geöffnet werden, so nimmt sie es ebenso erheuchelt entgegen wie alle anderen Notverordnungen, wenn nur dadurch der kapitalistische Staat und ihre Futterkrippenwirtschaft gerettet wird.

Der letzte Reichstag war ein Affentheater in Reinkultur. Was die Nationalsozialisten an Anwürfe, Demagogie, Lüge und Gemeinheit gegen die Brüningregierung schleuderte, war so widerlich, daß es selbst Herrn Brüning, der immer darauf bedacht war, die Nationalsozialisten als besondere Blutgarde der kapitalistischen Klassenherrschaft so vorsichtig wie ein rohes Ei zu behandeln, zu bunt wurde.

Als die Hitlerischen Brillanten dann Brüning noch vorwarfen, er sei der Mann, der das System des 9. November stütze, da hörte und da erfuhr das Proletariat, wer Herr Brüning war und ist. In heller Empörung erklärte der Reichskanzler Brüning, der Mann der Sozialdemokratie, der oberste Herrscher, jener, durch den 9. November 1918 gegründeten demokratischen Scheinrepublik, zu den Nazis sich wendend:

„Wagen Sie nicht, mich mit dem 9. November in irgend einer Weise in Verbindung zu bringen. Am 9. November war ich an der Spitze des Sturmabteilung Winterfeldt, das zur Niederwerfung der Revolution bestimmt war.“

Wohl nie hat eine Erklärung im Reichstag verblühender gewirkt als diese. Und als darauf der widerliche, sozialdemokratische Bursche Sollmann zu den Kommunisten hinüberlief:

„Wir gehen tausendmal lieber mit Brüning als mit Euch.“

da stand und mußte für jeden Proletarier feststehen, daß dieser Parlamentarismus überhaupt das Sammelbecken der Weißgardisten aller Schattierungen ist.

Noch nie ist so offen der Arbeiterklasse demonstriert, daß die Stützen ihrer Republik, damals am 9. November, in den konterrevolutionären Sturmabteilungen gegen die sich gründende Republik standen.

Durch den Ausspruch von Brüning ist offen zugegeben, daß es den Ebert, Scheidemann, Noske, Landsberg gelungen war, die Revolution im Blute zu erstickten; und daß diese Republik in keiner Beziehung identifiziert werden kann mit dem November von 1918. Damals mußte die Revolution weiter getrieben werden, leider wurde eine bürgerliche Republik daraus.

Und heute, wo jeder weiß, daß die Führer der Republik konterrevolutionäre waren; und jeden Tag durch ihre Verordnungen dem Proletariat bewiesen wird, daß die konterrevolutionären, nationalsozialistischen Sturmtruppen immer ungenierter ihre Mordtaten ausüben können, da soll dem Proletariat wieder neues Vertrauen zur faschistischen Republik eingepflanz werden.

Die Todeskrise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sie wird nicht nur Millionen bester Arbeitskräfte auf das mit Arbeiterblut durchdränkte, demokratische Pfaster, sie löst die Bourgeoisie auch ideologisch auf.

Ein solches geistiges Verfallsprodukt ist die nationalsozialistische Bewegung. Ihre Anwürfe gegen den raffinierten Weißgardisten Brüning, um den augenblicklich besten Staatsmann der bürgerlichen Zerfallsperiode, zu reden, Brüning hat ihnen und auch der Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit seinen Weg, den er gegangen ist; und den er wegen seiner konservativen Einstellung weiter gehen wird, aufgezeigt. Er hat durch seine Rede bewiesen, daß, um den faschistischen Kurs durchzuführen, mehr dazu gehört als die große Schnauze.

Auch hier schwieg wieder die Sozialdemokratie. Sie ist eben nicht gegen die Hitlerbewegung, weil sie den Faschismus einführen, sondern weil der Kurs der Goebbels, Hitler und Strasser zu öffentlich den

Parlamentarismus als konterrevolutionäres Instrument entlarven würde.

So und nicht anders ist die Frage gestellt. Der Parlamentarismus hat den Brüningkurs, hat die Mordpest der Hitlerbewegung gezeugt. Der Parlamentarismus hat sich schlimmer denn je, als ein Instrument zur brutalen Aufrechterhaltung des Kapitalismus erwiesen.

Hier gilt es den proletarischen Klassenkampf zu führen, und das heißt:

Vernichtung der parlamentarischen Ideologie in den Hirnen des Proletariats und Aufbau der revolutionären Betriebsorganisationen,

der programmatisch seinen Niederschlag im Spartakusbund findet.

Rosa Luxemburg zum Wahrummel

In der „Roten Fahne“ vom Mittwoch, den 20. November 1918 schrieb die konsequente Marxistin Rosa Luxemburg nachfolgend, auch für die heutige Präsidentschaftswahl sehr wichtigen Artikel:

Die Nationalversammlung

Von der „Deutschen Tageszeitung“, der „Vossischen“ und dem „Vorwärts“ bis zur unabhängigen „Freiheit“, von Reventlow, Erzberger, Scheidemann bis Hase und Kautsky ertönt ein einmütiger Angstschrei vor der Idee: die Macht in die Hände der Arbeiterklasse.

Das ganze „Volk“, die ganze „Nation“ soll dazu berufen werden, über die weiteren Schicksale der Revolution durch Mehrheitsbeschluß zu entscheiden.

Bei den verkappten und offenen Agenten der herrschenden Klasse ist die Parole selbstverständlich. Mit Wächtern der kapitalistischen Kassenschränke diskutieren wir weder in der Nationalversammlung, noch über die Nationalversammlung.

Aber auch unabhängige Führer stellen sich in dieser entscheidenden Frage mit den Wächtern des Kapitals in Reih' und Glied.

Sie wollen der Revolution, wie Hillerding in der „Freiheit“ darlegt, auf diese Weise die Gewaltanwendung, den Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken ersparen, kleinbürgerliche Illusionen! Sie stellen sich den Verlauf der gewaltigsten sozialen Revolution, seit die Menschheit besteht, in der Form vor, daß verschiedene Gesellschaftsklassen zusammenkommen, eine schöne ruhige und „würdige“ Diskussion miteinander pflegen, sodann eine Abstimmung miteinander noch mit dem berühmten „Hammelsprung“ — veranstalten.

Wenn dann die Kapitalistenklasse sieht, daß sie in der Minderheit ist, erklärt sie als wohlwis'dplimierete parlamentarische Partei mit einem Seuzler: Nichts zu machen! wir flügen uns und übergeben unsere gesamten Ländereien, Fabriken, Bergwerke, alle unsere feuergefährlichen Kassen und die schönen Profite den Arbeitern

Wahrhaftig, das Geschlecht der Lamartine, Garnier, PAGES, Ledru-Rollin, der kleinbürgerlichen Illusionisten und Schwätzer von Anno 1848 ist nicht ausgestorben; es steht — ohne Glanz und Talent und Reiz der Neuheit — in langweilig-pedantisch-gelehrter deutscher Ausgabe in den Kautsky, Hillerding, Hase wieder auf.

Diese tiefgründigen Marxisten haben das ABC des Sozialismus vergessen.

Diese Tatsache zerstört das einzige Argument, das das Kapital zur Verteidigung seines Systems bisher anzuführen versuchte: der freie Wettbewerb, die Konkurrenz führt zur Verbesserung der Technik, zur Steigerung der Produktion.

Wohin mit der Produktivkraft „Arbeitskraft“?

Der Unterrichts-Ausschuß des Landtags hatte sich mit einer Eingabe zu beschäftigen, die Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände e.V., des Bundes angestellter Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Berufe e.V. und des Vereins Deutscher Chemiker gegen die Überfüllung der Hochschulen enthielt. In diesen Vorschlägen wird gesagt, man schätze die

Zahl der stellungslosen Akademiker aller Fakultäten für das Jahr 1934 heute schon auf 130000.

Das bedeute, daß für die Ausbildung von 130000 jungen Staatsbürgern private und öffentliche Mittel in Millionenbeträgen nutzlos verwendet würden. Ein Bruchteil dieser Summe würde genügen, Zehntausende dieser jungen Leute für einen Beruf vorzubilden, der ihnen wirkliche Befriedigung und wirtschaftlich günstigere Aussichten für ihr späteres Leben eröffnen würde.

Der kluge Ausschuß hat leider vergessen zu sagen, in welchem Bereiche diese Zehntausende unterkommen und „günstige Aussichten“ und „wirkliche Befriedigung“ finden könnten.

Arbeitsbeschaffung!

Unter dieser Überschrift berichtet der „Vorwärts“: Reichstagspräsident Genosse Löbe hatte gestern abend mit dem Reichskanzler Brüning eine längere Unterredung, die sich in der Hauptsache um das Problem der Arbeitsbeschaffung drehte.

Die Unterhaltung ging von einer Rede aus, die Genosse Löbe kürzlich in Breslau gehalten hatte. Dort hatte er einen großzügigen Plan entwickelt, wie durch die

Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten

für eine Million Menschen Erwerbsmöglichkeiten eröffnet werden könnten. In erster Linie wurde dabei Ausbau und Verbesserung von Eisenbahnliesen, Anlage von Staubecken, Brücken usw. ins Auge gefaßt. Soweit die Mittel nicht durch Verminderung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und erhöhte Steuererträge herbeikommen, sollten sie auf dem Wege der Krediterweiterung beschafft werden. Löbe versprach sich von der schlagartigen Inangriffnahme eines solchen Plans auch eine starke Ankurbelung der Privatwirtschaft.

Der Reichskanzler Dr. Brüning führte im Laufe der Unterhaltung aus, daß auch nach seiner Meinung in den nächsten Monaten für Arbeitsbeschaffung in großem Umfang gesorgt werden müsse. Allerdings könne er sich den Umfang nicht so groß vorstellen wie Löbe das vorschlägt, auch behalte er sich vor, im einzelnen andere Wege zu gehen, wobei vor allem darauf zu achten sei, daß die Währung in keiner Weise gefährdet werde. In der Überzeugung, daß unbedingt etwas geschehen müsse, erklärte sich der Reichskanzler mit Genossen Löbe einig.

Natürlich! Es muß etwas gemacht werden, nur darf es möglichst wenig oder gar kein Geld kosten. Vor allem nicht mehr als die Unterstützung ausmacht. Darum bleibt auch nur ein Bluff — die einst so bombastisch angekindigte Gesundung der Wirtschaft durch

Arbeitsdienst und Siedlung.

„Auf der Versammlung der Jungdeutschen Landnehmer-Bewegung in Baus Gesellschaftshaus, einer Organisation des Jungdeutschen Ordens, sprach der volksnationale sächsische Landtagsabgeordnete Max Lasse über das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes und Siedlungsfragen.

Der Redner gab dann interessante Einblicke in die Arbeit, die von dem ersten jungdeutschen Freikorps

Hier abtrennen

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreise von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1932. Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugsgeld ist von mir zu erheben.

Name

Ort u. Zustellungspostamt

Straße u. Hausnummer

der Arbeit mit 125 Mann in der Albrechtsbachregulierung bei Bautzen geleistet worden ist.

Auch die Technische Nothilfe hat sich des freiwilligen Arbeitsdienstes angenommen. In Ostpreußen hat sie vier Arbeitsstellen, in Schlesien drei, in Sachsen zunächst nur im Innendienst, in Westfalen ist vom Landesarbeitsamt eine Entwässerungs- und Meliorationsarbeit bei Witten a. d. Ruhr genehmigt worden. Im Landesbezirk Schleswig-Holstein-Mecklenburg sind in den Ortsgruppen Hamburg, Rostock und Malchow bei Entwässerungsarbeiten Gruppen von freiwilligen Arbeitern beschäftigt. In Hamburg arbeitet zunächst eine Gruppe von 15 Mann. Diese wird mit dem Fortschreiten der Vorbereitungsarbeiten auf 50 Mann erhöht.

Wenn man nicht tatsächlich so beschränkt ist, und die Beschäftigung von 15 oder 50 und sogar 125 Arbeitslosen als diskutablen Ausweg ansieht, muß man die sogenannte „Arbeitsbeschaffung“ — (auch die von der KPD propagierte) — im Kapitalismus als nicht durchführbar erklären.

Mit folgenden, Ende des vorigen Jahrhunderts geschriebenen Zeilen erledigt Rosa Luxemburg alle diese Mätzchen:

„Der Unternehmer Hinz weiß nicht, wohin er mit den von ihm (d. h. von seinen Arbeitern) produzierten Waren soll. Zum Glück treibt der Unternehmer Kunz wahnsinnigen Luxus und kauft seinem bedrängten Klassen-genossen die lästigen Waren ab. Er selbst, Kunz, hat aber auch Ueberfluß an produzierten Gütern, die ihn „belasten“; glücklicherweise gibt der vorhin erwähnte Hinz gleichfalls viel für „Luxus und Narreteien“ aus und bietet sich dem besorgten Kunz seinerseits als der ersetzte Abnehmer an. Jetzt, nach dem glücklich abgeschlossenen Geschäft schauen sich unsere beiden Unternehmer gegenseitig verdutzt an und haben Lust, auszurufen: Bist du verrückt, oder ich? Tatsächlich sind sie's beide. Denn was haben sie erreicht? Sie haben freilich beide einander zur restlosen Zerstörung einer bestimmten Menge Güter verholfen. Aber ach! nicht die Zerstörung der materiellen Güter, sondern die Realisierung des Mehrwerts in blankem Gold ist der Zweck des Unternehmertums. Und in dieser Beziehung läuft das witzige Geschäft auf dasselbe hinaus, wie wenn jeder der Unternehmer seinen eigenen überflüssigen Mehrwert selbst restlos verschluckt hätte.

Die westfälischen Kohlenbarone leiden an Ueberproduktion von Kohle? Sie sollen in ihren Palästen stärker heizen lassen und der Kohlenmarkt ist entlastet. Die Besitzer der Marmorgruben in Carrara klagen über Stockung im Handel? Sie sollen doch ihre Pferdeställe aus Marmor errichten lassen und das „Krisenlieber“ im Marmorgeschäft ist sofort gedämpft. Wir fürchten nur, die alten durchtriebener Kerle werden ihm antworten: „Herr, ihr haltet uns für dummen, als wir sind!“

Die Adelsfabrik

Unter diesem Titel las man in der „Germania“ unglücklich einen Bericht, der recht bezeichnend für unsere schöne Republik ist. Lebte da in Berlin ein Freiherr von Wintersperg. Die Zeiten sind schlechter; Reichspräsident kann auch bloß immer nur einer sein. Und so kam besagter Freiherr auf diesen originellen Gedanken, um sein Brot zu erwerben: er adoptierte jeden, der zahlungsfähig genug war, und verschaffte ihm so das Adelsprädikat. Durch dieses einträgliche Gewerbe gewann er gelegentlich eine berufsmäßige Heiratsvermittlerin als „Schwiegermutter“. Mit Hilfe deren Erfahrung und Praxis steigerte sich der Kundenkreis des Freiherrn dermaßen, daß nach dem Bericht der „Germania“ die Verdünnung oder Veredelung „gewissermaßen am laufenden Band“ vorgenommen wurde.

Womit man sich in unserer wunderbaren Republik doch ernähren kann! Und warum drängen sich so viele — zahlungsfähige Bürger nach dem Adelsprädikat, wenn doch nach der Verfassung „vor dem Gesetze alle Deutschen gleich“ sind? — Wer das nicht weiß, möge nur etwas die Handhabung der Gesetze durch die republikanische Justiz betrachten, z. B. den Prozeß gegen den Grafen Helldorf. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob man ein gewöhnlicher Steuerzahler oder ein — wenn auch nur adoptierter Freiherr ist!

Auch eine „Planwirtschaft“

Vor der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft äußerte sich im Rahmen eines Vortrages der Marxist Sombart über die Möglichkeit einer Planwirtschaft. Eine solche sei nur vom nationalen Gesichtspunkt (i) aus möglich. Auf dem Wege einer sinnvolleren Gestaltung der Wirtschaft, vom einheitlichen Ganzen aus, müsse die Linie der Autarkie verfolgt werden. — Reaktionsär bis auf die Knochen. — Wege, die selbst von den bürgerlichen Wirtschafts-theoretikern als sinnlos verworfen werden.

Auch hier sehen wir, daß aus Angst vor dem Kommunismus Fragen auftauchten, die zu keiner Lösung führten, weil eine Überwindung dieser Krise von der kapitalistischen Gesellschaft nicht gefunden werden kann.

Aus den Bezirken

„Terror“ in Memel

Die ganze bürgerliche Presse samt ihrem Radio heult: „Litauischer Terror, Verletzung des Völkerrechts in Memel!“ Seit der Besetzung des Memelgebiets durch Litauern streitet sich das deutsche und das litauische Bürgertum um den Löwenanteil des Verdienstes der Arbeiter aus dem Gebiet. Jede Gruppe dieser Arbeiter-brotverzehrer möchte das größte Stück haben.

Das sind die „Völkerrechte“ des Bürgertums der ganzen Welt. Die Autonomie wurde nur zu dem Zweck gegeben, damit die ganze Gebietsverwaltung allmählich langsam, sozusagen schmerzlos der litauischen Staatsverwaltung untergeordnet werde. Nachdem die memelländischen Beamten im Interesse Litauens so vorgebeichtet und somit alles selbst litauisiert haben, versuchen nun die stellungslosen litauischen Staatskripenjäger mit Hilfe ihrer national aufgepeitschten Arbeiter diese Beamten von ihren hochbezahlten Posten herabzuholen. Ihren Arbeitern versprechen sie dafür, wenn sie in diesen Stellen „Luxus und Narreteien“ aus und bietet sich dem besorgten Kunz seinerseits als der ersetzte Abnehmer an. Jetzt, nach dem glücklich abgeschlossenen Geschäft schauen sich unsere beiden Unternehmer gegenseitig verdutzt an und haben Lust, auszurufen: Bist du verrückt, oder ich? Tatsächlich sind sie's beide. Denn was haben sie erreicht? Sie haben freilich beide einander zur restlosen Zerstörung einer bestimmten Menge Güter verholfen. Aber ach! nicht die Zerstörung der materiellen Güter, sondern die Realisierung des Mehrwerts in blankem Gold ist der Zweck des Unternehmertums. Und in dieser Beziehung läuft das witzige Geschäft auf dasselbe hinaus, wie wenn jeder der Unternehmer seinen eigenen überflüssigen Mehrwert selbst restlos verschluckt hätte.

Die deutschen Arbeiter im Gebiet schwärmen ja für ihr Vaterland Deutschland, weil es dort etwas mehr Unterstützung geben soll, und wollen lieber von einem deutschen Polizisten erschossen, von einem deutschen Wirtschaftsankurbler zum langsamen Hungertod geführt werden. Die litauischen Arbeiter denken genau so und erhoffen von litauischen Kapitalknechten eine bedeutende Verbesserung ihrer Lage.

Das internationale Kapital organisiert, verwaltet, fördert mit seiner Presse, Radio, seinen nationalen und internationalen Parteien die Ausbeutung der Arbeiter der Welt. Das ist ihr Völkerrecht. Heute müßte es ja jeder Arbeiter schon wissen, daß in der Todeskrise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Arbeiter in allen „Vaterländern“ gleich brutal und rücksichtslos ausgebeutet und unterdrückt wird. Leider hat die KPD, auch ihren Teil dazu beigetragen durch ihre Parole für das Arbeitervaterland Rußland. Die Vaterlandsparole hat sich heute so ausgewirkt, daß die Nazis für ein deutsches nationalsozialistisches Vaterland, die Litauer für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen eintreten. Sie selbst haben für die Nazis und Faschisten aller Länder die ideologische Grundlage beim Proletariat vorbereitet. Die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ d. h. Staatskapitalismus hat dem Nationalsozialismus der Nazis ebenso eine Grundlage gegeben, revolutionär zu erscheinen, der litauischen Diktatur für das „Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen“ ebenso den Weg geebnet. In ihrer ideologischen und praktischen Auswirkung hat die KPD durch diese Parolen für faschistische Phrasen den Boden vorbereitet und ihre Handhabung für die Durchführung dieser Parolen als im Interesse der Arbeiterklasse des Proletariats hingestellt. Hinterher wird sehr empört getan, wenn das Proletariat auf jede Gemeinheit der Kapitalistenklasse hineinfällt.

Der Worte Rosa Luxemburgs sollen wir uns erinnern, klar und unzweideutig den Massen sagen: „Besserung innerhalb des kapitalistischen Systems ist unmöglich. Alle Reformvorschläge führen nur zur Stützung des kapitalistischen Systems. Aber nicht stützen, sondern stürzen. Rücksicht auf die augenblickliche Stimmung dürfen wir nicht nehmen. Wir wollen nicht den Massen nachlaufen — das wäre praktisch, die sich bildende Kollektivmacht der Arbeiterklasse zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel verhindern und die internationale Verbrüderung zur Revolution hinauszuögern — sondern vorangehen. Weil das ganze kapitalistische System heute durch die Unmöglichkeit, seine Waren abzusetzen, produktionsunfähig ist, die Arbeitslosigkeit und ihre Wirtschaftskrise immer mehr vergrößern muß, weil es ja selbst die Ursache dieser Krise ist, kann es durch die beste Reform die Lage nicht verbessern, sondern nur verschlimmern.

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: „Spartakusbund“, Richard Weiß, Dresden-A., Alt-Mockritz 8. Druck: F. Eckert Dresden-A.

Nr. 8 * 7. Jahrgang

12. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Geschäftsstelle: Paul Köllner, Rähnitz-Hellerau, Hendrichstraße 3

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt b. d. Geschäftsstelle Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite April-Nummer 1932

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Mene, mene tekell...

Die Erstaufführung irgend einer blödsinnigen Operette bespricht die „Berliner Börsenzeitung“. Und schreibt: „... Daß dieser Millionär als Zündholzkönig vorgestellt wurde, ist eine Geschmacklosigkeit. Mit Leichtigkeit hätte ein anderer Metier ergreift werden können. Es sollte jetzt noch geschehen. Jedemal, wenn das Wort vom Zündholzkönig fiel, schlich lärmende Kälte durch das Haus!“

Dem Bürger teilt der Blick für den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er will es nicht sehen. Er will das nicht glauben, was dem revolutionären Proletariat, — trotz Hindenburgwahlen, — das Herz in der Brust höher schlagen läßt:

Die Tatsache, daß die Bourgeoisie mit ihrem Latein zu Ende ist!

Lähmende Kälte führt dem Bürger durch die Glieder, wenn in immer kürzeren Abständen Ereignisse mit blendender Flammenschrift an die Wand des stolzen kapitalistischen Gebäudes das Urteil der Geschichte malen: gewogen und zu leicht betunden! So auch der Selbstmord Ivar Kreugers.

Seine Produkte sollten durch den erbitterten Konkurrenzkampf der Todeskrise nicht an Profit einbüßen. Er wollte ihnen schmerzhaft verschaffen. In 40 Staaten kaufte er sich das Monopol für seine Zündhölzer. Zündhölzer braucht jeder, auch wenn die Not noch so groß ist. Kein anderer durfte in 40 Staaten sie außer ihm herstellen. Auf andere feuererzeugende Mittel wurden hohe Steuern aufgekallt. Oder Patente aufgekauft und vernichtet. So sehen der Absatz gesichert. — Doch mußte Kreuger trotzdem zur todbringenden Pistole greifen.

Er mußte für die Monopole den Staaten Aufleihen geben. Das Geld hierfür nahm er von großen Banken. Natürlich gegen Zinsen. Aber auch die Schuldnerstaaten sollten Zinsen zahlen. Aber die Staaten sind bankrott, sind zahlungsunfähig. Kreuger erschloß sich.

Freudig schlägt das Herz des klassenbewußten Arbeiters, wenn er sowas liest, 3 andere, am Kreuger-Konzern beteiligte Bürger machten Kreuger nach. Andere werden folgen. Die kapitalistische Ordnung ist bankrott.

Der Selbstmord Ivar Kreugers zeigt aber noch etwas. Kreuger hätte weiter leben können. Ein ruhiges, behagliches Leben eines Durchschnittsbürgers. Beileibe nicht das Hungerdasein, das die Millionen Arbeitslose zu führen gezwungen sind.

Vollblut-Kapitalisten verzichten aber auf ein Leben, wenn es auch behaglich sein kann. Sie haben über Milliarden Dollars, über Hunderttausende Menschen, über Hunderte Fabriken kommandiert.

Von der „Vernunft und Einsicht“ der Unternehmer erwarten Sozialdemokraten und Gewerkschaften Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Man weiß nicht: soll man lachen, oder die Armen bedauern, die so etwas glauben. Kreuger schloß sich tot. Bevor aber ein Kapitalist dazu schreitet, versucht er alles, setzt alle Hebel an. Was kümmern ihn minierte Männer, kranke Frauen, hungernde Kinder. Was schert es ihn, wenn Tausende und Abertausende Proletarier verkrüppeln, ermordet werden! Seine Existenz als Bourgeois, die Sicherung seines Profits verlannt es! Er wird ohne Bedenken die brutalsten Söldnerhanden für seine Zwecke mieten. Wenn die Arbeiter rebellieren, wenn sie die Produktionsmittel in ihre Hand übernehmen wollen.

Darüber muß sich die Arbeiterklasse klar sein. Und sie muß wissen, wie sie dem Kapital die Gurgel zudrückt. Daß der Kapitalismus nicht mehr atmen kann. Daß er ersticken muß. Stilllegung der Betriebe! Generalstreik!

Die Bewaffnung der SA. geschieht legal

Der preußische sozialdemokratische Innenminister Severing hat nach dem Wahlsieg Hindenburgs Mut bekommen. Ein paar Tage nach dem Wahlmüll ließ er alle nationalsozialistischen Gau- und Ortsbüros in Preußen durch seine Polizei durchsuchen. Endlich erlirb das revolutionäre Proletariat auch durch den preußischen Innenminister, daß die SA. als Bürgerkriegsarmee mit allen technischen Mitteln der Waffenführung ausgebildet ist; und daß ein Aufmarschplan gegen die Proletarier in den Großstädten fertig vorlag.

Für das Proletariat war Severings Mitteilung nichts Neues. Es weiß schon längst, daß jeder SA-Mann mit Waffen ausgerüstet ist, und dieses sind keine Hirngespinnste wie man es dem Proletariat immer glaubhaft machen will. Die Morde der faschistischen Mordbanden an Proletariaten, das Ueberfallen der Nazis auf Arbeiterversammlungen und Arbeiterstraßen, wo immer Schüsse in nicht zu geringer Anzahl fallen, haben alle Proletarier überzeugt, daß die Beruhigungsversuche der Regierung des bürgerlichen Klassenstaates entweder ein Nichtkennen der Situation ist oder ein Enttullen der Proletarier bedeutet, um die Konterrevolution unter Führung Hitlers in aller Ruhe zu bewaffnen.

Und mit Recht hat das revolutionäre Proletariat sich nicht durch die Beruhigungsversuche irre machen lassen, wenn es auch leider teilweise noch glaubt mit dem Stimmzettel gegen die Wallengewalt der Nazis anrennen zu können, so wird es doch durch die knallenden Pistolenschüsse der Nazis belehrt, daß der Entscheidungskampf kein Kampf des Stimmzettels sein kann.

Und der kleine Severing, der wieder einmal die Notwendigkeit seines Ministerpostens einsehen wollte und in einer Denkschrift die ungeheuren Waffentunde und die Aufmarschpläne, sowie den vertraulichen Charakter zwischen Polizei und Nazis feststellte, mußte sich von seinem Chef Groener sagen lassen, daß die Reichsregierung Severings Aktion nicht billige. Und als am anderen Tage der „erste Reichspräsident“ Hitler erklärte, daß die Aufregung unnütz sei, da ja Herr Groener von dem Aufmarsch am 12., 13. und 14. März informiert gewesen wäre, da waren es die Zeitungen, die für die Hindenburg-Kandidatur Stimmung gemacht hatten, die mit der bombastischen Ueberschrift „Der Reichsinnenminister war informiert“ aufwarteten und damit Groeners Wissen von den Aufmarschplänen der Hitlerbanditen feststellten.

Mit der größten Verlogenheit, die den Hitlerkreaturen eigen ist, wird natürlich behauptet, daß ihre Tätigkeit zur Macht zu kommen nur auf legalem Wege erfolge. Für das revolutionäre Proletariat, für die marxistischen Arbeiterorganisationen, die nicht auf dem Boden der Machteroberung durch den Stimmzettel stehen, ist das natürlich eine Selbstverständlichkeit.

Den Weg dazu zeigt Spartakus: die revolutionären Betriebsorganisationen!

Dann wird die ganze Bourgeoisie den Weg Ivar Kreugers gehen müssen. Und ihre Erbschaft übernimmt dann die Arbeiterklasse. Ihre Produktion wird dann dem kommunistischen Bedarf dienen. Ihre Verwaltungsorgane werden die jederzeit absetzbaren Räte sein. Proletarier! — Klassengenossen! Hinein in die Räte-Organisation Spartakusbund!

Was ist die deutsche Verfassung, dieses Knochengerüst ohne Fleisch und Blut? Wer es noch nicht wissen sollte, dem wird Herr Groener durch sein Nichteingreifen überzeugen, daß zwischen der Illegalität der Nazis und der Kommunisten ein großer Unterschied besteht.

Wenn die Sozialdemokratie von einer Illegalität der Hitlerbanditen spricht, so erklärt Herr Groener trotz aller Beweise: „Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd beobachtet“, und wenn alle Republikaner nun erwarteten, daß Karlchen Severing die SA. genau wie den „Roten Frontkämpferbund“ verbieten würde, dann müssen sie sich sagen lassen: „Es sprechen politische Bedenken bei den Regierungsstellen gegen ein Verbot der SA-Organisation“.

Die Bourgeoisie, die immer wenn sie ihre Banden bewaffnet, in großen Lettern die Reichsregierung auflodert, sie solle die Kommunisten besser überwachen, diese Hetze hat auch diesmal ihre Wirkung nicht verfehlt. Da man bei den Proleten keine Waffen fand, so müssen eben die Agents-Propagandare arbeiten. So berichtet die „Rote Fahne“ vom 20. März folgendes:

„In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend versuchten die Berliner Nazis ein infames Provokationsstück gegen das Karl-Liebknecht-Haus. Gegen 1/2 2 Uhr fuhr ein Auto IA 4945 in der Bartelstraße vor. Ein Mann stieg aus und stellte einen 7,5-cm-Minenwerfer, der mit einer blinden Granate geladen war, an die Hauswand des Karl-Liebknecht-Hauses.

Das Auto verschwand sofort und einige Minuten später klopfte ein Mann die Nachtwache heraus mit der Aufforderung, die Nachtwache solle „das Ding“ hereinholen. Zwei Genossen gingen hinaus und bemerkten sofort, daß es sich um eine offensichtliche Provokation handelt. Sie trugen den Minenwerfer auf den Bülowplatz.

Sofort wurde durch einen Genossen der „Roten Fahne“ die IA telefonisch benachrichtigt, wo der Kommissar vom Dienst Brand versprach, den Minenwerfer abholen zu lassen; aber es geschah nichts von seiten der IA. Ein Schupomann von der Wache Hankestraße erschien, die zweifellos ebenfalls durch die Nazis alarmiert worden war. Der Schupomann, der merkwürdig gut mit dem Minenwerfer Bescheid wußte, nahm diesen dann mit auf die Wache.

Es handelt sich hierbei zweifellos um eine Provokation der Nazis, die mit diesem Bubenstück von den großen Wallentunden bei der SA. und von den Bürgerkriegsvorbereitungen ablenken wollten.

Daß der Minenwerfer von den Nazis aufgestellt worden war, geht aus dem „Angriff“ hervor, der bezeichnenderweise einen bis ins kleinste gehenden Bericht über den Vorfall veröffentlichte. Die Aufforderung zur Haussuchung im Parteihaus ist so durchsichtig, daß jeder Arbeiter sofort die Absicht der Naziprovokation erkennt.“

In derselben Nr. der „Roten Fahne“ bringt die Zeitung Enthüllungen über die nahe Verwandtschaft der Hitlerbewegung mit den Regierungsstellen. — So berichtet die „Rote Fahne“:

„Ueber die Bürgerkriegsvorbereitungen der Hitlerpartei gegen das Proletariat sind soeben neue Tatsachen bekannt geworden, die ein charakteristisches Licht auf die Beziehungen Groeners zu den Hakenkreuzlern werfen. Es stellt sich nämlich heraus, daß ein großer Teil des bei den Nazis beschlagnahmten Materials bei dem Freiherrn v. Wechmar in Berlin gefunden